

## A20 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (In Freiheit und Sicherheit leben: Innenpolitik und Justiz)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

#### 1 Polizei

2 Die Thüringer Polizist\*innen erfüllen eine wichtige und verantwortungsvolle  
3 Aufgabe. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen sie dabei unterstützen, professionelle und  
4 bürger\*innennahe Arbeit zu leisten. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren  
5 kontinuierlich die Einstellungszahlen bei der Polizei erhöht und damit den  
6 Personalabbau der CDU-geführten Vorgängerregierung beendet. Die erhöhten  
7 Einstellungszahlen stellen allerdings auch das Bildungszentrum der Polizei in  
8 Meiningen vor enorme Herausforderungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das  
9 Bildungszentrum der Polizei wesentlich weiterzuentwickeln hin zu einer  
10 Polizeihochschule und zu stärken. Unter anderem streben wir eine eigene  
11 Rechtsfähigkeit für das Bildungszentrum und eine Angliederung in wesentlichen  
12 Teilen an das Wissenschaftsministerium an. Wir wollen die Forschung auch  
13 personell stärken, Professuren einrichten und somit qualifiziertes Personal  
14 halten. Neben der Einstellung von Lehrpersonal wie Dozent\*innen und  
15 Ausbilder\*innen muss nun insbesondere das Aus- und Fortbildungsangebot ausgebaut  
16 werden. Wir werden daher weiterhin für eine Verbesserung der baulichen Situation  
17 sorgen und sicherstellen, dass eine gute und fundierte Ausbildung gewährleistet  
18 ist. Eine bürger\*innennahe Polizei ist so vielfältig wie die Bürger\*innen im  
19 Land. Wir wollen den Polizeidienst offener für Frauen, queere Personen und  
20 Menschen mit Migrationshintergrund gestalten und hierfür eine umfassende  
21 Strategie entwickeln.

22 Zudem wurde die persönliche Schutzausrüstung der Polizist\*innen entscheidend  
23 verbessert. Diesen Weg werden wir weitergehen und die technische Ausstattung der  
24 Polizei, insbesondere mit modernen Kommunikationsgeräten, verbessern.  
25 Insbesondere die flächendeckende Ausstattung mit mobilen Endgeräten soll hier  
26 eine hohe Priorität haben, damit unter anderem die Auftragsvergabe schnell und  
27 rechtssicher erfolgen kann. Wir lehnen die flächendeckende Einführung von Tasern  
28 strikt ab. Wir sind offen, was den Einsatz neuer Technik betrifft, er muss aber  
29 immer verhältnismäßig und bürgerrechtsfreundlich erfolgen. Zu einer modernen und  
30 bürger\*innennahen Polizei gehört für uns auch eine Onlinewache. Dadurch können  
31 Bürger\*innen Strafanzeigen auch online erstatten und müssen nicht den Weg zur  
32 Polizeidienststelle gehen. Die Digitalisierung muss auch bei der Polizei endlich  
33 vollständig Einzug halten. Es müssen zeitgemäße Antworten auf Cyber-Kriminalität  
34 und Hass-Posts gefunden werden. Hierzu ist eine Schulung des bestehenden  
35 Personals und die Vernetzung mit anderen Behörden dringend erforderlich.

36 Das Vertrauen der Bürger\*innen in die Arbeit der Polizei steigt, wenn sie  
37 transparent arbeitet. Polizeikräfte sind nicht immer davor gefeit, im Dienst  
38 Fehler zu begehen oder unverhältnismäßig zu handeln. Deshalb und um  
39 Polizist\*innen vor falschen Anschuldigungen zu schützen, haben wir die  
40 Kennzeichnungspflicht eingeführt. Diese wollen wir nun auch gesetzlich  
41 verankern. Wir wollen die Erfahrungen auswerten und werden diese Erkenntnisse in  
42 eine Bundesratsinitiative für eine bundesweite Kennzeichnungspflicht einfließen  
43 lassen, denn wenn Polizist\*innen aus anderen Bundesländern in Thüringen

44 eingesetzt werden, tragen sie aufgrund der dortigen Regelungen oft keine  
45 Kennzeichnung. Mit der Einführung der Polizeivertrauensstelle als  
46 niedrigschwellige Ansprechstelle für Bürger\*innen wurde ein weiterer Baustein  
47 für eine transparentere Polizei gesetzt. Mit dem Haushalt 2021 haben wir sie  
48 weiter personell gestärkt. Wir wollen die Stelle zu einer institutionell-  
49 hierarchisch unabhängigen Polizei-Beschwerdestelle auch für Polizeibeamt\*innen  
50 weiterentwickeln und ihre Befugnisse erweitern. Konkret heißt das, dass diese  
51 Stelle nicht nur das Beschwerdemanagement übernehmen und hier auf Mediation  
52 setzen soll, sondern im Zweifel auch Ermittlungen gegen Polizist\*innen  
53 durchführen kann. Um eine stärkere Weisungsunabhängigkeit zu gewährleisten,  
54 wollen wir die Stelle am Landtag statt wie bisher im Innenministerium ansiedeln.  
55 Für den Kontakt mit Beschwerdeführenden sollen Beschäftigte zuständig sein, die  
56 keine (ehemaligen) Polizist\*innen sind. Nicht zuletzt setzen wir uns auch dafür  
57 ein, dass die Stelle weiterhin umfassend Rechenschaft über ihre Tätigkeit  
58 ablegt, um selbst dem Anspruch der Transparenz gerecht zu werden. Für die  
59 strafrechtliche Verfolgung von Anzeigen gegen Polizeibeamt\*innen werden wir ein  
60 spezialisiertes Dezernat bei einer Staatsanwaltschaft einrichten, welches für  
61 die Ermittlungen gegen Polizist\*innen zuständig ist. Dabei muss sichergestellt  
62 sein, dass die enge Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Polizei in  
63 strafrechtlichen Angelegenheiten die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der  
64 Staatsanwaltschaft bei der Strafverfolgung nicht gefährdet. Mit all diesen  
65 Maßnahmen wollen wir uns dem Weg anderer europäischer Länder anschließen und  
66 auch in Thüringen Polizeigewalt und anderen Arten des Machtmissbrauchs durch  
67 Polizist\*innen konsequent begegnen.

68 Die Polizei muss angemessen auf neue Bedrohungen reagieren können und dafür  
69 bestmöglich ausgestattet sein. Neue Vorschläge in der Innen- und  
70 Sicherheitspolitik werden wir als Bürger\*innenrechtspartei immer an drei  
71 Kriterien prüfen: Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit. Dies  
72 betrifft sowohl die Ausrüstung der Polizei, als auch die gesetzlichen Grundlagen  
73 für die Polizeiarbeit.

74 Sicherheit ist ein hohes Gut, sie darf aber nicht gegen Freiheit eingetauscht  
75 werden. Wir BÜNDNISGRÜNE beobachten mit Sorge die Verschärfung von  
76 Polizeigesetzen und zunehmende Militarisierung in einigen Bundesländern. Für uns  
77 ist das der falsche Weg. Wir verfolgen stattdessen weiter die Novellierung des  
78 bestehenden Polizeiaufgabengesetzes mit dem Ziel, ein liberales und  
79 bürger\*innenrechtsfreundliches Gesetz zu schaffen. Mit der Novellierung wollen  
80 wir Standards für das Durchführen polizeilicher Kontrollen festlegen und damit  
81 das Racial Profiling gesetzlich verbieten. In diesem Zusammenhang wollen wir  
82 auch die gesetzlichen Grundlagen für die Festlegung sogenannter Gefährlicher  
83 Orte genauer fassen und anlasslose Personenkontrollen weitestgehend unterbinden.  
84 Für Kontrollen durch die Polizei wollen wir ein Quittungssystem einführen, damit  
85 Betroffene von regelmäßigen Kontrollen dies auch nachweisen können.

86 In vielen Bereichen wird die Polizei de facto für Aufgaben gerufen, denen  
87 speziell geschulte Berufsgruppen besser und effektiver nachkommen könnten – sei  
88 es der Umgang mit Opfern häuslicher oder sexualisierter Gewalt, mit Fußballfans  
89 oder Obdachlosen, Geflüchteten oder Suchtkranken. Wenn Menschen aufgrund akuter  
90 Not, vermeintlicher Ausweglosigkeit oder einer psychischen Erkrankung sich und  
91 anderen Schaden zufügen, dann hilft es ihnen und der Gesellschaft nichts, ihnen  
92 dafür mit Gewalt zu begegnen und durch einen Polizeieinsatz die Situation  
93 möglicherweise noch mehr zu eskalieren. Zuallererst braucht es frühzeitige

94 Hilfen und Präventionsmaßnahmen, damit gar nicht erst soweit kommen kann: Wer  
95 genug zum Leben hat, fängt seltener an, Geldbeutel zu stehlen; wer bei Bedarf  
96 psychologische Begleitung bekommt, wird selten zur Gefahr und wer Asylstatus  
97 genießt, muss nicht abgeschoben werden. Das Strafrecht allein kann nur Symptome  
98 bekämpfen, die gesellschaftlichen Probleme dahinter jedoch nicht lösen.

99 Und auch im akuten Notfall sind Polizist\*innen meist nicht mit den Kompetenzen  
100 ausgestattet, die es eigentlich bräuchte: Sanitäter\*innen, Streetworker\*innen  
101 und psychologische Krisenhilfe können dabei helfen, potentiell bedrohliche  
102 Situationen konfliktarm zu lösen. Durch massiven Ausbau von finanziellen und  
103 personellen Ressourcen dieser zivilen Träger schützen wir nicht nur die  
104 Betroffenen, sondern entlasten auch die Polizei. Wenn nur die Polizei genügend  
105 personelle Kapazitäten hat und nur unter der 110 rund um die Uhr jemand  
106 verfügbar ist, dann wird auch immer nur die Polizei gerufen. Das belastet  
107 Polizist\*innen mit Situationen und Einsätzen, für die sie nicht ausgebildet und  
108 ausgerüstet sind – und nimmt Betroffenen die Möglichkeit, von geschultem  
109 Fachpersonal betreut zu werden, bevor die Situation überhaupt eskaliert. Dafür  
110 müssen wir Strukturen stärken bei denen, die wirklich in Krisenintervention  
111 geschult sind – und gleichzeitig die Polizei besser darin schulen, zu  
112 deeskalieren und mit Menschen in Ausnahmesituationen umzugehen. Prävention geht  
113 vor Intervention.

114 Zur besseren Bekämpfung von vorurteilsmotivierten Straftaten schlagen wir vor,  
115 die Statistik zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) zu überarbeiten und  
116 sie mit den bei der Justiz liegenden Daten zu einer Verfahrensverlaufsstatistik  
117 zu verknüpfen. Dadurch können diskriminierende und rassistische Tatmotivationen  
118 über die unterschiedlichen Phasen des strafrechtlichen Verfahrensverlaufs  
119 nachvollzogen und fundierte Erkenntnisse zur Hasskriminalität gewonnen werden.  
120 Ein weiterer Schwerpunkt wird auf dem Schutz der Berufsheimnisträger\*innen  
121 liegen. So auch die Videoüberwachung. Diese wollen wir nur gezielt und  
122 anlassbezogen einsetzen, automatisierte Auswertungstechnik lehnen wir dabei ab,  
123 ihr Einsatz muss kontinuierlich evaluiert werden. Wir lehnen eine Aufweichung  
124 bestehender Sicherheitsstandards im IT-Bereich ebenso ab wie den Versuch von  
125 Sicherheitsbehörden, Zugang zu End-zu-End-Verschlüsselungen und smart-home-  
126 Diensten zu erhalten.

127 Bei der Aufklärung der Verbrechen des NSU sowie der Fehler der Behörden bei der  
128 Aufklärung ist ein erschreckendes Versagen und befremdliches Aufgabenverständnis  
129 des Verfassungsschutzes zutage getreten. Daher haben wir die hochumstrittene V-  
130 Mann-Praxis stark eingeschränkt. Die Abschaffung des Verfassungsschutzes werden  
131 wir in der nächsten Wahlperiode überprüfen. Hierfür werden wir einen  
132 wissenschaftlichen sowie sicherheitspolitischen Diskurs vorantreiben. Wir wollen  
133 die Arbeit des Verfassungsschutzes daher, vor allem unter Berücksichtigung der  
134 Erkenntnisse aus den Untersuchungsausschüssen, weiter kritisch begleiten, uns  
135 für die Fortsetzung der angestoßenen Reformen einsetzen und dabei insbesondere  
136 die wissenschaftliche Analysefähigkeit weiter stärken. Die Arbeit des NSU-  
137 Untersuchungsausschusses in Thüringen hat zwei Wahlperioden gedauert. Aber noch  
138 immer sind einige Fragen nicht klar beantwortet, unter anderem die Fragen, wieso  
139 ausgerechnet diese Opfer getötet wurden, wer zum NSU-Unterstützer\*innennetzwerk  
140 gehört hat und inwieweit Verflechtungen mit der organisierten Kriminalität  
141 existierten. Wir setzen uns deshalb für eine Fortführung der Aufklärung ein,  
142 beispielsweise durch einen weiteren Untersuchungsausschuss in der neuen  
143 Legislatur. Als besonderes Zeichen der Verantwortung haben wir die Opfer-

144 Familien des NSU-Terrors in dieser Legislatur mit 1,5 Millionen Euro  
145 entschädigt. Weiterhin werden wir prüfen, ob eine bundesweite Enquete-Kommission  
146 zum NSU eingerichtet werden kann, um die Erkenntnisse aus den unterschiedlichen  
147 Bundesländern und dem Bund zusammenzuführen und offene Fragen zu beantworten.

148 Während sich die Geheimdienste bundesweit immer mehr vernetzen und Informationen  
149 austauschen, ist dies für Mitglieder der parlamentarischen Kontrollgremien unter  
150 anderem aufgrund von Geheimhaltungsvorschriften nicht möglich. Eine effektive  
151 parlamentarische und damit demokratische Kontrolle ist daher derzeit nur sehr  
152 begrenzt umsetzbar. Bei gemeinsamen und verbundenen Tätigkeiten mehrerer  
153 Sicherheitsbehörden beschränkt sich die jeweilige parlamentarische Kontrolle nur  
154 auf die Teilarbeit der dem jeweiligen Land oder dem Bund zugeordneten Behörde.  
155 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Geheimhaltungsvorschriften und die  
156 zugehörigen Gesetze so verändert werden, dass ein regelmäßiger Austausch der  
157 Kontrollgremien untereinander möglich wird. Erst dadurch kann eine effektive  
158 Kontrolle der Geheimdienste gewährleistet werden. Dazu werden wir eine  
159 Bundesratsinitiative anstoßen und wenn diese erfolgreich ist, die nötigen  
160 Änderungen im Thüringer Verfassungsschutzgesetz vornehmen.

161 Zur effektiven Kontrolle der Geheimdienste gehört auch, dass alle im Landtag  
162 vertretenen Fraktionen im Parlamentarischen Kontrollgremium vertreten sind. Es  
163 kann nicht sein, dass von sechs im Landtag vertretenen Parteien nur drei einen  
164 Anspruch auf einen Sitz im Kontrollgremium haben. Der Vertretungsanspruch findet  
165 seine Grenzen aber bei Fraktionen, die verfassungsfeindliche Positionen  
166 vertreten und deshalb im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen. Wir werden in der  
167 nächsten Legislatur den Diskussionsprozess zu einer derartigen Gesetzesänderung  
168 starten. Dabei muss sichergestellt werden, dass (parlamentarische)  
169 Minderheitenrechte gewahrt bleiben und das Kontrollgremium dennoch arbeitsfähig  
170 ist. In der vergangenen Legislaturperiode ist dies leider nicht gelungen.

171 Auch durch die Polizei werden Vertrauenspersonen ähnlich wie beim  
172 Verfassungsschutz eingesetzt. Diese Polizeipraxis untersteht keiner  
173 parlamentarischen Kontrolle. Der Anschlag auf den Breitscheidplatz in Berlin und  
174 der Einsatz von Vertrauenspersonen der Polizei im Umfeld des Täters haben  
175 gezeigt, dass auch in diesem Bereich der Sicherheitsarchitektur eine  
176 parlamentarische Kontrolle notwendig ist.

177 Aufstehen gegen Rechts

178 Die Ausprägungen des Rechtsextremismus in Thüringen sind vielfältig und  
179 facettenreich. Neben den Rechts-Rock-Konzerten, die Tausende Neonazis nach  
180 Thüringen ziehen, treffen sie sich bei Liederabende, in Sportgruppen,  
181 Ladengeschäften, unter Reichsbürger\*innen oder Gruppen von  
182 Rechtseoteriker\*innen.

183 Völkische Bewegungen tauchen vielerorts in unserem Freistaat auf und versuchen  
184 gezielt die strukturellen Schwächen mancher Regionen zu nutzen um mögliche  
185 "Siedlungen" auszubauen. Die Ländliche Regionen stehen allgemein im Fokus  
186 rechter Strukturen, es ist unsere Pflicht kein Ort mit dieser Problematik allein  
187 zu lassen. Denn die Zivilgesellschaft kann viel, aber nicht die Angriffe auf das  
188 Zusammenleben aller abwehren. Die Gefahr von Rechts für unsere Demokratie ist  
189 stets da, in Beleidigungen, Körperverletzungen und Morden, in Bestrebungen, ihre  
190 menschenfeindliche Ideologie zu verbreiten. Deswegen bleiben wir als  
191 BÜNDNISGRÜNE weiterhin wachsam, beobachten die Entwicklungen in der extrem

192 rechten Szene aufmerksam und lehnen rassistisches und menschenfeindliches  
193 Gedankengut jeglicher Form ab.

194 Die Veranstaltung großer Rechts-Rock-Konzerte in Thüringen führt wegen ihrer  
195 Verherrlichung rechter und nationalsozialistischer Ideologie immer wieder zu  
196 unrühmlicher Aufmerksamkeit in den bundesweiten Medien. Genauso erfährt aber der  
197 großartige zivilgesellschaftliche Protest gegen diese Veranstaltung viel  
198 Anerkennung. Wir stehen fest an der Seite der vielen Protestierenden,  
199 Initiativen, Bündnisse oder Gemeinden und werden dieses zivilgesellschaftliche  
200 Engagement weiter stärken. Denn das ist eine wichtige Form der  
201 Auseinandersetzung gegen Hass und Hetze. In den vergangenen Jahren, ist das  
202 Auftreten und Agieren rechter Strukturen vielerorts erstarkt. Der Schutz der  
203 freie Meinungsäußerung ist für uns ein hohes Gut. Jedoch muss ein Unterschied  
204 gemacht werden, wenn im Ziel rechter Parolen das Abschaffen des Staats ist, der  
205 diese Freiheit bietet. Der Fokus muss hingegen auf dem Schutz und der  
206 Entkriminalisierung von Initiativen und der Bevölkerung liegen, die sich gegen  
207 die Gefahren von Rechts stellen. Die Einführung eines Versammlungsrechts zur  
208 Verhinderung von Rechts-Rock-Konzerten lehnen wir jedoch ab. Statt eines solchen  
209 Versammlungsverhinderungsgesetzes werden wir ein liberales  
210 Versammlungsfreiheitsgesetz für Thüringen erarbeiten und verabschieden, wie  
211 bereits oben erwähnt.

212 In den letzten Jahren werden Kampfsportveranstaltungen wie Boxen, K-1 oder Mixed  
213 Martial Arts (MMA) immer mehr ein integrativer Teil von Rechts-Rock-  
214 Veranstaltungen. Kampfsport muss in der Fortsetzung der Wehrsportübungen gesehen  
215 werden und zieht extreme Rechte an, weil dieser dem Straßenkampf am nächsten  
216 ist. Eine öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema ist noch wenig vorhanden,  
217 besonders dann, wenn extreme Rechte Kampfsportkurse für Minderjährige anbieten.  
218 Deswegen braucht es Sensibilisierungsangebote für Sport- und Kampfsportvereine  
219 sowie für Veranstaltungsorganisator\*innen. Kampfsportveranstaltungen dürfen  
220 keine Orte werden, wo Sportler\*innen zu szenetypischer Musik einlaufen und  
221 rechtsextreme Symbole als Tattoos oder auf Kleidung gezeigt werden können.

222 Deswegen bleibt Prävention durch Aufklärung eine der wichtigsten Maßnahmen gegen  
223 rechte Ideologien. Diese haben sich in ihren Erscheinungsformen sichtbar  
224 vervielfältigt. Die finanzielle Stärkung der Forschungs- und Beratungsstrukturen  
225 gegen Rechtsextremismus in Thüringen ist uns BÜNDNISGRÜNEN ein wichtiges  
226 Anliegen.

227 Staatliche Sicherheitsbehörden sind gegen extreme Rechte nicht immun. Das haben  
228 die Enthüllungen in den letzten Jahren über rechte Netzwerke und Chatgruppen in  
229 den Streitkräften und in der Polizei gezeigt. Die Debatte hat durch die Black-  
230 Lives-Matter-Proteste in den USA auch in Deutschland noch weiter an Fahrt  
231 aufgenommen. Eine wissenschaftliche Grundlage über extreme Rechte und  
232 rassistische Einstellungen in den Sicherheitsbehörden gibt es nicht. Eine  
233 belastbare Datengrundlage ist daher durch eine unabhängige Forschungsstelle zu  
234 schaffen.

235 Feuerwehr

236 Die Feuerwehren sind nicht nur Rückgrat der Brandbekämpfung und des  
237 Katastrophenschutzes, die Freiwilligen Feuerwehren leisten darüber hinaus einen  
238 unschätzbaren Beitrag zum Gemeinwohl in den Städten und Dörfern. Wir werden  
239 denen, die uns helfen, den Rücken stärken und ihnen helfen, ihren Nachwuchs zu

240 sichern. Dies funktioniert einerseits durch eine verbesserte Jugendarbeit, wir  
241 wollen aber auch den ehrenamtlichen Einsatz in der Feuerwehr unter anderem für  
242 Frauen und Migrant\*innen interessanter machen, da diese dort bisher  
243 unterrepräsentiert sind.

244 Doch eine verstärkte Jugendarbeit wird nicht ausreichen, um die Feuerwehren für  
245 den demografischen Wandel zu rüsten. Wir wollen gemeinsam mit den Feuerwehren  
246 neue Wege suchen, um diesem Wandel zu begegnen. Dabei wollen wir zum Beispiel  
247 diskutieren, ob hauptamtliche Strukturen gestärkt werden, Altersgrenzen  
248 überprüft bzw. flexibler gestaltet werden oder der Quer- bzw. Späteinstieg  
249 erleichtert werden sollten.

250 Für ihre Einsätze sind die Feuerwehren auf eine moderne Ausstattung angewiesen.  
251 Die Erneuerung ihres Fuhrparks kommt bereits gut voran. Jedoch stehen gerade  
252 kleinere Feuerwehren oft vor dem Problem, dass sie moderne Fahrzeuge nicht in  
253 den vorhandenen Stellplätzen unterbringen oder ausreichend Schutzkleidung  
254 anschaffen können. Wir wollen die Kommunen hier gezielt unterstützen, damit sie  
255 ihre Gebäude an die neuen Herausforderungen anpassen können. Doch auch die  
256 Anschaffung der Fahrzeuge selbst muss für die Kommunen günstiger und einfacher  
257 werden - zum Beispiel über gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen, gefördert durch das  
258 Land. Die Landesfeuerweherschule leidet seit Jahren an einer ungenügenden  
259 Personalausstattung, viele Lehrgänge fallen aus. Wir haben deshalb bereits neue  
260 Stellen an der Schule geschaffen, leider ist die Suche nach Bewerber\*innen aber  
261 schwer. Um den Dienst hier attraktiver zu gestalten, wollen wir die  
262 Arbeitsbedingungen verbessern und mit anderen Bundesländern kooperieren. Auch  
263 die bauliche Situation an der Landesfeuerweherschule muss weiter konsequent  
264 verbessert werden.

265 In immer mehr Kommunen ist die Feuerwehr zugleich Partnerin der örtlichen  
266 Wasserwehr. Da, wo es Wasserwehren gibt, sind die Kommunen besser gegen  
267 Hochwasser gewappnet. Wir werden den Kommunen mit dem Wassergesetz weiterhelfen,  
268 solche Wasserwehren zur Sicherheit der Menschen zu etablieren.

## 269 Justiz

270 Das Vertrauen der Bürger\*innen in eine funktionierende unabhängige Justiz ist  
271 das Fundament für einen lebensfähigen Rechtsstaat. Nach Jahren des  
272 Personalabbaus haben wir deshalb in der aktuellen Legislatur die  
273 Leistungsfähigkeit von Justiz und Justizvollzug durch mehr Personal, die  
274 Erhöhung der Auszubildendenplätze und bessere Ausstattung gestärkt. Es gibt  
275 bereits jetzt mehr als 130 neue Richter\*innen und Staatsanwält\*innen in  
276 Thüringen, die dazu beitragen, dass Verfahren schnell und rechtsstaatlich  
277 durchgeführt werden und der demografischen Wandel eingeleitet wurde. Den „Pakt  
278 für den Rechtsstaat“ werden wir umsetzen. Neben den klassischen Mitteln der  
279 Streitbeilegung wollen wir außergerichtliche Möglichkeiten, wie Schlichtung und  
280 Mediation, ausbauen und stärken. Richter\*innen sollen dazu ermutigt werden, sich  
281 auf diesen Gebieten weiterzubilden und dort tätig zu werden.

282 Trotzdem wird der Bedarf an qualifiziertem Personal in der Justiz in den  
283 kommenden Jahren weiter steigen. Deshalb gilt es schon heute, den Nachwuchs von  
284 morgen auszubilden. Um zukünftig selbst noch ausreichend qualifizierte  
285 Richter\*innen und Staatsanwält\*innen für die Thüringer Justiz ausbilden zu  
286 können, müssen wir das Studium und das Referendariat modernisieren. Schriftliche  
287 Prüfungen sollten im 21. Jahrhundert selbstverständlich digital geschrieben

288 werden können, wie es Sachsen-Anhalt mit dem Examen 2.0 bereits vormacht.  
289 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Verbeamtung von  
290 Referendar\*innen auf Widerruf wieder eingeführt wird und die  
291 Nebenbeschäftigungsmöglichkeiten attraktiver werden. Für die Ausbildung von  
292 ausreichend Justizmitarbeiter\*innen und Beschäftigten im Justizvollzug werden  
293 wir in den kommenden Jahren mit bis zu 30 Plätzen pro Jahr um geeignete  
294 Kandidat\*innen werben. Die Mittel für Justiz im Landeshaushalt werden wir  
295 deshalb weiter erhöhen. Sie dienen der angemessenen Entlohnung, der Schaffung  
296 neuer Stellen, der besseren Ausstattung sowie der notwendigen Sanierung von  
297 Gerichtsgebäuden und Justizvollzugsanstalten. Den Staatsvertrag mit Sachsen zum  
298 Bau einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt wollen wir nachverhandeln mit dem  
299 Ziel eines eigenen Neubaus in Ostthüringen. Die Thüringer Justiz wollen wir fit  
300 für die digitale Zukunft machen. Die flächendeckende Einführung der  
301 elektronischen Akte werden wir weiter forcieren und die Gerichtsgebäude mit  
302 öffentlich zugänglichem WLAN ausstatten.

303 Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine moderne, effiziente, bürger\*innennahe Justiz,  
304 die durch ein System vorsorgender Rechtspflege und gezielter Prävention ergänzt  
305 wird. Die Prävention von Kriminalität lohnt sich, durch sie werden Verbrechen  
306 gar nicht erst begangen. Das schließt die Gewalt- und Suchtprävention für  
307 Jugendliche und junge Erwachsene mit ein. Für Bagatelldelikte wie zum Beispiel  
308 Containern oder das Erschleichen von Leistungen im ÖPNV/SPNV wollen wir Haft-  
309 oder Ersatzfreiheitsstrafen mit anderen, auch außergerichtlichen Konsequenzen  
310 vermeiden. Wir unterstützen die Initiative für ein Cannabis-Kontrollgesetz, um  
311 einen kontrollierten, legalen Markt für Cannabis zu schaffen. Erwachsene  
312 Konsument\*innen werden auf diese Weise entkriminalisiert und der illegale  
313 Verkauf an Kinder und Jugendliche eingedämmt. Diese Maßnahmen sind nicht nur  
314 gesellschaftlich geboten, sie entlasten auch den Strafvollzug und die Polizei.  
315 Für diese Initiativen werden wir uns im Bundesrat einsetzen.

316 Selbst unter den menschenmöglich besten Umständen unterlaufen Menschen manchmal  
317 Fehler, leider auch in der Justiz. Wir werden einen  
318 Justizopferentschädigungsfonds einrichten, damit wenigstens die materiellen  
319 Folgen von Fehlurteilen ausgeglichen werden können.

320 Die Resozialisierung straffällig gewordener Personen, die Begleitung ihrer  
321 Rückkehr in die Gesellschaft, ist eine der zentralen Aufgaben des Strafvollzugs.  
322 Eine gute Resozialisierung beginnt mit dem ersten Tag der Haft, nicht erst mit  
323 der Haftentlassung. Sie senkt das Rückfallrisiko und dient damit dem Schutz  
324 Betroffener. Wir wollen deshalb Therapie-, Bildungs- und Qualifizierungsangebote  
325 noch besser in den Strafvollzug integrieren. Die Resozialisierung hat in der  
326 Gegenwart auch eine digitale Komponente. Haft darf nicht automatisch ein  
327 Offline-Leben bedeuten. Außerdem wollen wir auch eine unabhängige muslimische  
328 Gefängnisseelsorge sicherstellen.

329 Nach einer Haft sind Ausbildung, Job, Wohnung und hilfreiche Sozialkontakte die  
330 entscheidenden Kriterien für einen gelingenden Übergang in ein Leben ohne  
331 Kriminalität. Deshalb wollen wir die Betreuungsangebote nach der Haftentlassung  
332 deutlich verbessern. Besonders wichtig sind uns funktionierende Netzwerke, die  
333 eine durchgängige Betreuung und die Zusammenarbeit aller betroffenen Behörden in  
334 und nach dem Strafvollzug sicherstellen. Das „Professionelle  
335 Übergangsmanagement“ ist in diesem Bereich sehr erfolgreich. Wir wollen es  
336 weiterentwickeln, landesweit ausbauen und verstetigen. Hierfür werden wir ein

- 337 Landesresozialisierungsgesetz erarbeiten, um die vielen Akteur\*innen in diesem
- 338 Bereich wesentlich besser auszustatten, zu unterstützen und zu vernetzen.